

A9 Ehrenamt, Bürgerbeteiligung, Demokratie und Rechtsextremismus

Gremium: Kreisvorstand

Beschlussdatum: 11.01.2021

Text

615 In Waldeck-Frankenberg engagieren sich viele Menschen und tragen zu einem guten
616 sozialen Klima bei. Wir haben großen Respekt vor den vielen Menschen, die sich
617 in Sportvereinen, Umweltverbänden, Selbsthilfegruppen, in der freiwilligen
618 Feuerwehr und vielen anderen Initiativen und Vereinen einbringen. Starke und
619 lebendige Kommunen brauchen das Ehrenamt.

620 Bürgerschaftliches Engagement ist ein wichtiger Stützpfiler in unserer
621 Gesellschaft. Dies wollen wir noch mehr unterstützen und in der Bevölkerung
622 bekannter machen, um auch diejenigen zu erreichen, die sich engagieren wollen,
623 aber nicht wissen wie und wo.

624 Mitmachen kann jeder, wir wollen Einstiegshürden senken. Andernorts haben sich
625 Ehrenamtsbörsen oder -agenturen bewährt. Auch Ausbildungen im Bereich Ehrenamt
626 müssen gezielt finanziell gefördert werden. Jeder, der sich ehrenamtlich
627 engagiert, soll dies ohne finanzielle Hürden tun können.

628 Ehrenamt stärkt die Demokratie. Politiker in Kommunalparlamenten sind auch
629 Ehrenamtliche. Hier wird die Basis für unsere Demokratie gelegt. Wir Grüne in
630 Waldeck-Frankenberg unterstützen das Engagement aber nicht nur im politischen
631 Bereich.

632 Darum sollten die Anliegen aus den Vereinen, die in den Bereichen Kultur, Sport,
633 Naturschutz, Bildung usw. tätig sind, besser gehört werden. Spezielle
634 Ansprechpartner und Ansprechpartnerinnen in der Kreisverwaltung sollten dabei
635 helfen. Insbesondere die Interessen und Vorschläge von Kindern und Jugendlichen
636 sollen abgefragt und bei politischen Entscheidungen besser berücksichtigt
637 werden. Hier soll das Zusammenspiel von Jung und Alt gestärkt werden.

638 Ohne die Vielfältigkeit des bürgerlichen Engagements in Waldeck-Frankenberg
639 würde es viele Angebote nicht geben. Trotzdem sieht man gerade in dieser von der
640 Pandemie bestimmten Zeit: Das Ehrenamt steht auf wackeligen Beinen. Dieses Jahr
641 sind viele Finanzierungsmöglichkeiten für Vereine weggefallen. Hier muss
642 unbedingt nachgesteuert werden, sonst wird es ein Vereinssterben geben. Vor
643 allem im ländlichen Raum ist ein reges Vereinsleben wichtig, um ein vielfältiges
644 Angebot und die Lebensqualität für uns alle zu sichern.

645 Hier setzen wir uns dafür ein, dass Ehrenamtliche Hilfe bekommen, um für ihre
646 Tätigkeit ein gutes Umfeld zu finden. Schöne Worte von politische Seite nutzen
647 den Aktiven wenig, solange Behörden ein kompliziertes Steuer- und Vereinsrecht
648 streng anwenden, insbesondere bei Initiativen und Vereinen, die der Verwaltung
649 als missliebige und unbequem erscheinen. Der mögliche Entzug der Gemeinnützigkeit
650 wäre dann meist das Ende des Vereins. Unter diesen Bedingungen finden sich
651 leider immer weniger Menschen bereit, Vorstandsposten zu übernehmen.

652 Rechtsextremismus

653 Wir Grüne sind gegen Rassismus in jeglicher Form.

654 Das heißt, wir müssen klare Zeichen für Demokratie und Toleranz durch kommunale
655 Strategien setzen. Den erstarkten rechtsextremistischen Tendenzen ist
656 entschieden entgegenzutreten. Initiativen, die sich entsprechend engagieren,
657 wollen wir unterstützen.

658 Wir wollen gezielt den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken. Wir sehen uns
659 als demokratische Kraft und positionieren uns ganz klar gegen jegliche Form der
660 Diskriminierung auf allen Ebenen. Das „Netzwerk für Toleranz“ werden wir
661 weiterführen.

662 Gemeinsam sind wir der Überzeugung, dass das beste Mittel gegen Rassismus,
663 insbesondere den Rechtsextremismus, eine solidarische Gesellschaft ist.

664 Gerade bei der Flüchtlingsaufnahme 2015 hat der Landkreis Waldeck-Frankenberg
665 bewiesen, dass Intoleranz und Rassismus bei uns keinen Platz haben. Auch 2015
666 war ein vorbildliches ehrenamtliches Engagement vorhanden, ohne welches diese
667 Herausforderung kaum zu bewältigen gewesen wäre.

668 Wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass Waldeck-Frankenberg eine
669 solidarische und weltoffene Gesellschaft bleibt.